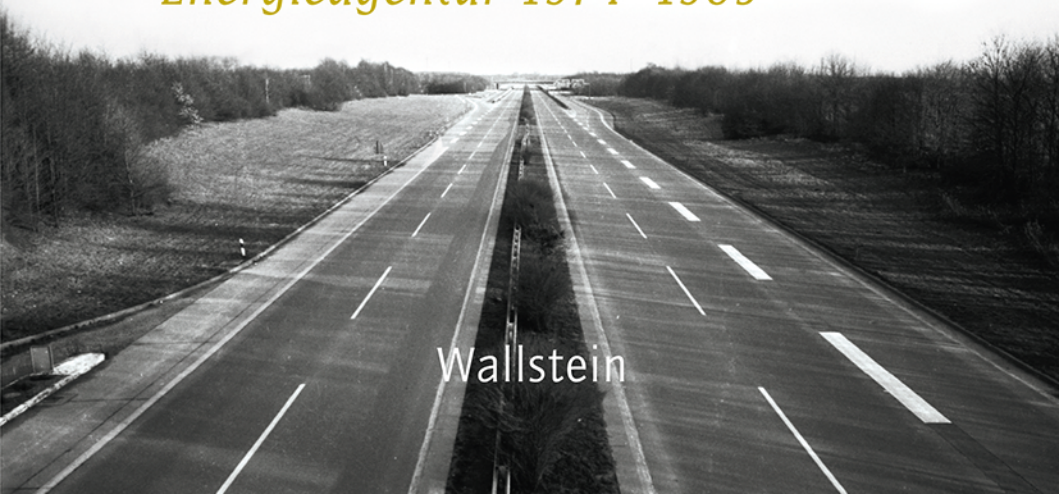
Henning Türk

ENERGIE-SICHERHEIT NACH DER ÖLKRISE

Die Internationale Energieagentur 1974–1985



Wallstein

Henning Türk
Energiesicherheit nach der Ölkrise

Geschichte der Gegenwart

Herausgegeben von
Frank Bösch und Martin Sabrow

Band 34

Henning Türk

Energiesicherheit nach der Ölkrise

Die Internationale Energieagentur 1974 – 1985

WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)
und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2023
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf
Umschlagmotive: oben: Treffen der IEA in Paris am 20.3.1975.
Foto: Keystone Press/Alamy Stock Foto (E111AH)
unten: Autobahn an der Kreuzung Kamen anlässlich des Sonntags-Fahrverbots
am 9.12.1973. Foto: imageBROKER/Alamy Stock Foto (2K9WoTN)
ISBN (Print) 978-3-8353-5484-5
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-8546-7

Inhalt

1 Einleitung 9

2 Kooperative Energiesicherheit. Die Gründung der IEA 32

2.1 Der schwindende Schutzschirm der USA.
Versorgungssicherheit in der OECD vor der Ölkrise 33

2.2 Geringe Kooperation.
Die OECD in der Ölkrise und die neue US-Initiative
für eine verstärkte Zusammenarbeit 39

2.3 Vermeidung zukünftiger Ölembargos.
Die Energy Co-ordinating Group und die Verhandlungen
über den neuen Krisenmechanismus 44

2.4 Kontrolle der Ölfirmen.
Maßnahmen zur Transparenz des Ölmarktes 46

2.5 Institutionalisierte Zusammenarbeit.
Der Aufbau der IEA 53

3 Ölverbrauchersolidarität. Das Programm
für langfristige Zusammenarbeit und der
institutionalisierte Dialog mit den Ölförderländern . . 58

3.1 Appell an die Ölverbrauchersolidarität.
Die US-Initiative zur langfristigen Zusammenarbeit in der IEA 59

3.2 »Burden Sharing« und Schutz vor Preisdumping.
Die Diskussionen um den Mindestpreis für Importöl 65

3.3 Interessenausgleich zwischen Ölförder- und
Ölverbraucherländern in der IEA. Die Verabschiedung
des Programms zur langfristigen Zusammenarbeit 70

3.4 Gemischte Ergebnisse. Der Dialog mit den
Entwicklungsländern und die Auswirkungen des Programms
zur langfristigen Zusammenarbeit 75

4 Normative Governance. Die energiepolitischen Ziele von 1977 und das Peer-Review-Verfahren 79

4.1 Energiepolitische Vorgaben. Die »Group Objectives and Principles for Energy Policy« 79

4.2 Soft Power. Das Peer-Review-Verfahren in der IEA 92

5 Renaissance der Kohle. Die Ausweitung des internationalen Kohlehandels als zentrale Strategie zur Ölimportreduzierung 100

5.1 Gemeinsames Ziel und umstrittene Wege. Die Aushandlung der IEA-Kohlepolitik 101

5.2 Öffentlicher Druck und nationale Gegenstrategien. Die Kohle-Reviews und die Reaktionen in der Bundesrepublik . . 113

6 Die IEA in der zweiten Ölkrise. Vom starren Interventionssystem zur Flexibilisierung der Kriseninstrumente 120

6.1 Die »amerikanische Obsession«. Einsparquoten und ihre Kontrolle. 122

6.2 Der Krisenmechanismus in der Kritik. Vom Streit um den Trigger zu neuen Vorkrisen-Instrumenten 132

7 Erdgas und Energiesicherheit. Die IEA als Vermittlerin im transatlantischen Konflikt um die europäisch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäfte 1982/3 143

7.1 Erdgas im zweiten Kalten Krieg. Die Embargomaßnahmen der USA gegen die europäisch-sowjetischen Gasgeschäfte . . . 144

7.2 Transatlantische »Clearing-Stelle«. Die Energiesicherheitsstudie der IEA 149

8 Eine neue Mission für die IEA.
Vom Interventionismus zu freien Märkten 162

8.1 Düstere Vorhersagen und staatliche Interventionen.
Die IEA unter Ulf Lantzke 163

8.2 »Pruning the IEA«.
Britische und amerikanische Reformvorstellungen
zwischen 1977 und 1983 167

8.3 Eine neue Exekutivdirektorin.
Helga Steeg und die marktliberale Position der IEA 177

Fazit und Ausblick 185

Dank 196

Abkürzungsverzeichnis 198

Quellen- und Literaturverzeichnis 199

Personenregister 219

1 Einleitung

Seit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 ist die Sicherheit der Energieversorgung zu einem zentralen Thema für die Politik sowie die wirtschaftlichen und privaten Verbraucher geworden.[1] Durch den drastischen Rückgang bei der Lieferung russischen Gases und Erdöls bis hin zum Lieferstopp schien die ausreichende Versorgung einiger europäischer Länder mit Energieressourcen nicht mehr sichergestellt. Die Regierungen und Unternehmen begannen daraufhin einen Wettlauf um die Energielieferungen, insbesondere beim Gas, der den Preis enorm nach oben getrieben hat.

Durch diese Entwicklungen erscheint die Energiepolitik der letzten Jahre in einem ungünstigen Licht. Insbesondere in der Bundesrepublik hat sich die Strategie, zunehmend auf das russische Pipelinegas zu setzen, als sehr problematisch erwiesen.[2] Dabei war zunächst ein ganzes Bündel an vermeintlichen Vorteilen mit ihr verbunden. Die Industrie erhielt günstiges Gas, um ihre Produkte herzustellen oder weiterzuverarbeiten.[3] In der Wärmeversorgung der Haushalte galt das Gas als umweltfreundlicher als die herkömmliche Ölheizung. Dieses Argument sprach auch dafür, Gaskraftwerke statt Kohlekraftwerke einzusetzen. Zudem lassen sie sich schnell hochfahren und wieder abschalten und wurden daher als zentraler Baustein der »Energiewende« hin zu erneuerbaren Energien gesehen, denn wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint, können Gaskraftwerke einspringen. Obwohl Gas ein fossiler Brennstoff ist, erschien es daher im Kontext des Klimawandels und der nötigen CO_2-Einsparung nicht als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung.[4] In außenpolitischer Hinsicht sollte das Pipelinegas zudem die Verbindung zu Russland stärken und es der Bundesregierung ermöglichen, über die Wirtschaftsbeziehungen auch politischen Einfluss auszuüben. Mit diesen

1 Siehe u. a. Frank Umbach: Energie und Sicherheitspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 72 (2022), Heft 46-47, S. 8-15.

2 Zu dieser Strategie siehe u. a. Thane Gustafson: The Bridge. Natural Gas in a Redivided Europe, Cambridge/Mass., London 2020, S. 354-389. Vgl. aus sehr kritischer Perspektive und auf schmaler Quellenbasis Jens Høvsgaard/Tanja Ohlsen: Gier, Gas und Geld: Wie Deutschland mit Nord Stream Europas Zukunft riskiert, München 2019.

3 Sehr stark profitierte die chemische Industrie von dem günstigen Pipelinegas. Auch aus diesem Grund ist die BASF mit ihrer Tochter Wintershall stark in das Nord Stream Pipeline-Projekt involviert.

4 Per Högselius: Red Gas. Russia and the Origins of European Energy Dependence, Basingstoke/London 2013, S. 201.

Argumenten hatte man sich gemütlich eingerichtet, und die politischen Ziele, die der russische Präsident Wladimir Putin mit dem Energieexport verband, ignoriert.

Bei den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen wurde der Aspekt der Energiesicherheit angesprochen, aber heruntergespielt. Die deutschen Politikerinnen und Politiker sowie die involvierten Unternehmen verwiesen auf die vermeintliche Verlässlichkeit des russischen Partners, der zudem auf den Erlös aus dem Gasexport angewiesen sei. Bei einem Anteil von 55 Prozent des russischen Gases am Gasimport in die Bundesrepublik zu Beginn des Krieges hätten allerdings schon lange die Alarmglocken schrillen müssen, denn damit war die Bundesrepublik sehr verwundbar geworden. Offensichtlich ist Energiesicherheit jedoch ein Thema für Krisenzeiten. Gibt es keine kriegerischen Konflikte oder spielen sich diese in weit entfernten Ländern mit geringer Handelsverflechtung ab, wird dem Thema kaum Beachtung geschenkt und andere Aspekte der Energieversorgung, wie etwa eine günstige Belieferung oder Umweltschutzaspekte, rücken in den Vordergrund. Wenn man die Entwicklungen der letzten Jahre Revue passieren lässt, stellt man mit Erstaunen fest, wie wenig die politischen Entscheidungsträger, aber auch die Unternehmen aus der Geschichte der Energieversorgung gelernt haben, die zahlreiche Beispiele dafür bereithält, wie problematisch Abhängigkeiten von einzelnen Ländern bei der Energieversorgung sein können.

So erinnern die aktuellen Entwicklungen und Konstellationen sehr stark an die erste Ölkrise im Herbst 1973, als die günstige und reichliche Versorgung mit Erdöl aus dem Mittleren Osten und Nordafrika plötzlich in Gefahr geriet und Politik, Unternehmen und privaten Verbrauchern die Abhängigkeit vom Öl deutlich vor Augen geführt wurde.[5] In der Phase zwischen Oktober 1973 und April 1974 vervierfachte sich der

5 Zur Ölkrise siehe vor allem Rüdiger Graf: Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin u. a. 2014 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 103); Jens Hohensee: Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996; Fiona Venn: The Oil Crisis, London 2002; Elisabetta Bini et al. (Hrsg.): Oil Shock: The 1973 Crisis and its Economic Legacy, London/New York 2016 (= International Library of Twentieth Century History, Bd. 88); Frank Bösch/Rüdiger Graf (Hrsg.): The Energy Crises of the 1970s, Special Issue, Historical Social Research 39 (2014), Heft 4. Mit einem Blick auf die Entwicklungsländer: Jonas Kreienbaum: Das Öl und der Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Die Bedeutung der Ölkrisen der 1970er Jahre für die Nord-Süd-Beziehungen, Berlin u. a. 2022, sowie Christopher R. W. Dietrich: Oil Revolution. Anticolonial Elites, Sovereign Rights, and the Economic Culture of Decolonization. Cambridge 2017.

Ölpreis im Windschatten des Jom-Kippur-Krieges zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern. Zudem zeigte das von den arabischen Ölförderländern ausgesprochene Embargo gegen die als israelfreundlich eingestuften Niederlande, die USA und Portugal, dass die Ölländer auch bereit waren, ihre Ölförderung als politische Waffe einzusetzen. Vor diesem Hintergrund wurde die damalige Energieversorgung neu bewertet.

Aufgrund der Erfahrungen in der Ölkrise rückten Diskurse über die Endlichkeit der Energieressourcen in den Vordergrund, denn sie erschienen jetzt plausibler als zuvor. Energie hatte insbesondere seit Mitte der 1950er Jahre im Überfluss zur Verfügung gestanden. Die Ölquellen hatten reichlich gesprudelt, und die Vorräte an Stein- und Braunkohle waren so groß gewesen, dass in manchen Ländern, wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, Stromkonzerne zunächst keine Notwendigkeit für die Einführung der Atomenergie als zusätzlicher Energiequelle gesehen hatten.[6] Die Sichtweise auf die Energieressourcen, die von einem reichhaltigen Angebot und günstigen Preisen ausging und Sicherheitsfragen nur gelegentlich wahrnahm, änderte sich zu Beginn der 1970er Jahre. Zunächst rückten Umweltfragen auf die Agenda, und der mit dem westlichen Lebensstil verbundene steigende Energiekonsum wurde thematisiert. Diese Ansätze bündelte der 1972 veröffentlichte und stark rezipierte Bericht für den »Club of Rome« über die Grenzen des Wachstums, der eine düstere Zukunft für die Erde prognostizierte, wenn der bisherige Lebensstil weitergeführt werde.[7] Gleichzeitig wurden Theorien, wie die bereits schon in den 1950er Jahren entwickelte »Peak Oil Theory« des Geologen Marion King Hubbert über die Endlichkeit der Ölvorkommen, breiter rezipiert.[8] Insbesondere schien der Höhepunkt der Ölförderung in den USA, der 1970 erreicht wurde, Hubberts Theorie eines »oil peaks« zu bestätigen, nach dem die Ölförderung abfalle und die Ölquellen irgendwann gänzlich erschöpft

6 Frank Uekötter: Atomare Demokratie. Eine Geschichte der Kernenergie in Deutschland, Stuttgart 2022, S. 89 f.; Joachim Radkau: Das RWE zwischen Braunkohle und Atomeuphorie 1945-1968, in: Dieter Schweer/Wolf Thieme (Hrsg.): »Der gläserne Riese.« RWE – ein Konzern wird transparent, Wiesbaden 1998, S. 173-196, hier S. 188.

7 Dennis Meadows et al.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972; Patrick Kupper: »Weltuntergangsvisionen aus dem Computer.« Zur Geschichte der Studie »Die Grenzen des Wachstums« von 1972, in: Frank Uekötter (Hrsg.): Wird Kassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme, Stuttgart 2004, S. 98-111.

8 Rüdiger Graf: Expert Estimates of Oil-Reserves and the Transformation of »Petroknowledge« in the Western World from the 1950s to the 1970s, in: Frank Uekötter/Uwe Lübken (Hrsg.): Managing the Unknown. Essays on Environmental Ignorance, London/New York 2014, S. 140-167.

seien.[9] Die Diskussion über die Begrenztheit der Ressourcen wurde auch von den Ölförderländern aufgegriffen, die sich 1960 in der Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) zusammengeschlossen hatten.[10] Sie verwiesen auf die Endlichkeit der Ölvorräte und forderten daher einen verantwortungsbewussten Umgang der Industrieländer mit dem Erdöl. Diese Knappheitsverweise dienten dann auch dazu, die Erhöhung der Ölpreise durch die Ölförderländer zu legitimieren.

Vor diesem Hintergrund schien die bewusste Reduzierung des Ölangebots in der Ölkrise die Erwartung eines immer engeren Ölmarktes in den westlichen Industrieländern zu bestätigen. Zudem riefen das Embargo und die drastisch steigenden Preise eine zweite Entwicklung ins Bewusstsein: die wachsende Abhängigkeit vom Öl und von den Ölförderländern. Diese Abhängigkeit war durch den rapiden Anstieg des Energieverbrauchs bei einem gleichzeitigen Wandel der Energieversorgungsstruktur seit den 1950er Jahren entstanden. Das wird an den Zahlen für die in der Organization for Economic Co-operation and Development (OECD) zusammengeschlossenen Industrieländer sehr deutlich: So verdoppelte sich der Gesamtverbrauch an Primärenergie[11] in den OECD-Ländern zwischen 1960 und 1973. 1960 war auch das Jahr, in dem der Anteil des Öls an der Energieversorgung mit 39,6 Prozent erstmals die Kohle mit 35,7 Prozent überholte. 1973 lag der Anteil des Öls dann bei 53,8 Prozent und der Kohle bei 19,8 Prozent.[12] Mit diesem Wandel bei der Energieversorgungsstruktur waren auch Veränderungen der wirtschaftlichen Beziehungen einhergegangen. Während Kohle häufig noch als einheimische Ressource abgebaut worden war, war das Öl in großen Mengen nur in einigen wenigen Ländern vorhanden. Die steigende Bedeutung des Öls führte somit zu einem Ausbau der globalen Handelsbeziehungen. Das veranschaulicht das Beispiel der Bundesrepublik: 1961 betrug der Anteil der importierten Energie am Primärenergieverbrauch 14,9 Prozent. Bis 1972 stieg dieser Anteil dann auf 54,8 Prozent an.[13]

9 Zum Förderhöhepunkt in den USA im Jahr 1970 siehe Robert Lifset: Introduction, in: Robert Lifset (Hrsg.): American Energy Policy in the 1970s, Norman 2014, S. 3-16, hier S. 4.

10 Giuliano Garavini: The Rise and Fall of OPEC in the Twentieth Century, Oxford 2019; Dag Harald Claes/Giuliano Garavini (Hrsg.): Handbook of OPEC and the Global Energy Order, New York 2020.

11 Primärenergie ist die Energie der in der Natur vorkommenden Energieträger, wie etwa Kohle, Erdöl usw. Dagegen ist Sekundärenergie die Energie, die durch Umwandlung dieser Stoffe entsteht, zum Beispiel Strom.

12 International Energy Agency: World Energy Outlook 1982, Paris 1982, S. 67.

13 Unterrichtung durch die Bundesregierung. Die Energiepolitik der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1057 vom 3.10.73, S. 20f.

Da die Ölvorräte nur in wenigen Ländern so groß waren, dass sie das Öl exportieren konnten, hingen die Industrieländer bei ihrer Energieversorgung von der sicheren Belieferung aus Staaten ab, die häufig ein prekäres politisches System aufwiesen. Diktaturen wie der Iran unter Mohammed Reza Schah Pahlavi oder Libyen unter Muammar al-Gaddafi gehörten zu den wichtigsten globalen Ölexporteuren.[14] Das Ölembargo rückte diese Abhängigkeiten in ein grelles Licht. Fragen der Energieversorgungssicherheit, der Anfälligkeit für Erpressungen und mutwillige Lieferunterbrechungen dominierten daher die zeitgenössischen Debatten sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene.[15]

Die Diskussionen während und nach der Ölkrise kreisten vor allem um die Frage, wie die Energieversorgung der Industrieländer zukünftig krisenfester organisiert werden könne. Wie sollte man sich gegen zukünftige Ölkrisen wappnen? Auf welche Weise könnte man die Abhängigkeit von den unsicheren Ölförderländern reduzieren? Sollte man die Bezugsländer stärker diversifizieren oder das Öl durch andere Brennstoffe ersetzen? Welche Rolle sollten einheimische Energieträger zukünftig spielen? Wie könnte man zügig den Energieverbrauch reduzieren, ohne das nach wie vor angestrebte Wirtschaftswachstum zu gefährden?

Um diese Fragen beantworten zu können, war die Politik gefragt. Das Politikfeld »Energie« rückte auf diese Weise ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Dabei hatte sich »Energiepolitik« erst seit Beginn der 1970er Jahre als eigenständiges Politikfeld entwickelt.[16] Neben den Sorgen um die zunehmende Abhängigkeit beim Ölimport hatte dazu das Signal der USA beigetragen, ihre eigene Ölförderung bei zukünftigen

14 Für die Bundesrepublik siehe u. a. Alexander Lurz: »Technologie für Öl« und »Recycling der Ölmilliarden«. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Iran unter der Herrschaft von Mohammed Reza Schah Pahlavi, 1972-1979, Stuttgart 2022; Tim Szatkowski: Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969-1982, München 2013; Nicholas Ostrum: Interdependency and Economic (Ir)rationality: West German-Libyan Petro-relations in ›Crisis‹, in: The International History Review 43 (2021), S. 1291-1311.

15 Felix Lieb: Arbeit und Umwelt? Die Umwelt- und Energiepolitik der SPD zwischen Ökologie und Ökonomie 1969-1998, Berlin u. a. 2022, S. 67; Graf, Öl und Souveränität, S. 205-214.

16 Rüdiger Graf: Energy History and Histories of Energy, in: Docupedia Zeitgeschichte, im Erscheinen; Thomas Saretzki: Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999. Ein Politikfeld zwischen Wirtschafts-, Technologie- und Umweltpolitik, in: Ulrich Willems (Hrsg.): Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949-1999, Opladen 2001, S. 195-221, hier S. 197. Für einen internationalen zeitgenössischen Überblick siehe Leon N. Lindberg: The Energy Syndrom. Comparing National Responses to the Energy Crisis, Lexington/Mass./Toronto 1977.

Energiekrisen den westlichen Verbündeten nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Daraufhin begannen die westlichen Industrieländer, die über die OECD in einem engen Austausch standen, die verschiedenen Energieträger unter dem Label der »Energiepolitik« zusammenzuführen. Kohle-, Öl- oder Atompolitik wurden jetzt Bestandteil eines neuen, übergreifend angelegten Politikansatzes. Ein Zeichen für diese neue Denkweise waren die staatlichen Energieprogramme, die in dieser Zeit aufkamen.[17] Darin legten die Regierungen ihre zukünftigen Ziele im Energiebereich dar und machten deutlich, wie sie diese Ziele erreichen wollten. Damit ging ein Boom der Energieexpertise einher, die sich aus einem geologisch-physikalischen Bereich hin zu einer Wissenschaft entwickelte, die stark von wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Ansätzen geprägt war und auf die Gestaltung der Zukunft abzielte.[18]

Energiepolitik wurde auf diese Weise zu einem Politikfeld, das vor allem von der Verwundbarkeit der Energieversorgung durch die Ölabhängigkeit geprägt war. Da man diese schnell beenden wollte, reichten den Regierungen oftmals die hohen Ölpreise nicht als Anreiz zur Reduzierung des Ölverbrauchs in der Wirtschaft und bei den privaten Verbrauchern aus. Stattdessen ging man davon aus, dass der Staat mit zahlreichen neuen Gesetzen und Vorgaben diese Ziele flankieren und forcieren müsse. Die westlichen Industrieländer entwickelten daher vielfältige Instrumentarien, um die Abhängigkeit vom Ölimport zu reduzieren.

So starteten die USA ein »Project Independence« mit dem Versprechen, durch die schnellere Erschließung der eigenen Energieressourcen und Energieeinsparung wieder unabhängig vom Erdölimport zu werden. Sie wollten auf diese Weise ihre energiepolitische »Souveränität« zurückgewinnen.[19] Andere Länder, wie etwa Frankreich, trieben vor allem den Ausbau der Atomenergie voran, um sich aus der Abhängigkeit vom Öl zu befreien.[20] Die Bundesrepublik setzte dagegen auf einen Mix aus

17 Siehe für die Bundesrepublik beispielsweise: Die Energiepolitik der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1057 vom 3.10.1973. Das Programm wurde 1974, 1977 und 1981 aktualisiert. Zu den Energieprogrammen der Bundesrepublik siehe Graf, Öl und Souveränität, S. 81-83; Martin Meyer-Renschhausen: Das Energieprogramm der Bundesregierung: Ursachen und Probleme staatlicher Planung im Energiesektor der BRD, Frankfurt a. M. 1981.

18 Graf, Öl und Souveränität, S. 138-163.

19 Graf, Öl und Souveränität, S. 123-204; ders.: Claiming Sovereignty in the Oil Crisis. »Project Independence« and Global Interdependence in the United States 1973-74, in: Historical Social Research 38 (2014), H. 4, S. 43-69.

20 Zur französischen Atompolitik seit dem Zweiten Weltkrieg siehe Gabrielle Hecht: The Radiance of France. Nuclear Power and National Identity after World War II, Cambridge/Mass. 1998; Boris Dänzer-Kantof/Felix Torres: L'Énergie de la

forcierter Entwicklung der Atomenergie, Sicherung der Kohleförderung und Energieeinsparung.[21]

Die Phase staatlicher Vorgaben, Regulierungen und Prognosen im Energiebereich ebbte dann mit dem Aufstieg marktliberaler wirtschaftspolitischer Ansätze und dem Verfall des Ölpreises seit dem Anfang der 1980er Jahre ab. Der Ölpreis erreichte 1986 einen Tiefpunkt, was viele Politiker und Wissenschaftler darin zu bestätigen schien, dass der Markt das Problem selbst reguliert habe und es daher im Energiebereich vor allem notwendig sei, das freie Spiel der Marktkräfte zu ermöglichen.[22] Deshalb erscheint die Phase zwischen der Ölkrise und dem Ölpreistief 1986 als eine exzeptionelle Phase, in welcher der Glaube an die politische Lösung der Energieprobleme dominierte. Bereits zeitgenössisch etablierte sich für diese Periode die Bezeichnung eines »Jahrzehnts der Energiepolitik«.[23] Die Charakteristika dieser Dekade haben Wolfgang

France. De Zoé aux EPR, une histoire du programme nucléaire français, Paris 2013, S. 271-320; Benjamin K. Sovacool/Scott Victor Valentine: The National Politics of Nuclear Power. Economics, Security and Governance, London/New York 2012, S. 83-100; Yves Bouvier: L'horizon nucléaire en France. Transition énergétique ou énergie de transition?, in: Pierre Lamard/Nicolas Stoskopf (Hrsg.): La transition énergétique, un concept historique?, Villeneuve d'Ascq 2018, S. 23-38; Yves Bouvier: Les rythmes européens du nucléaire français, in: Alain Beltran et al. (Hrsg.): L'Europe et la question énergétique. Les années 1960/1980, Bruxelles 2016, S. 217-231.

21 Zu den staatlichen Steuerungsversuchen des Energiekonsums in der Bundesrepublik siehe das Dissertationsprojekt von Thomas Lettang: Regulierungen des Energiekonsums in der Bundesrepublik Deutschland, 1970-2000, https://zzf-potsdam.de/de/forschung/projekte/regulierungen-des-energiekonsums-der-bundesrepublik-deutschland-1970-2000.

22 Victor McFarland: The United States and the Oil Price Collapse of the 1980s, in: Duccio Basosi et al. (Hrsg.): Counter-Shock. The Oil Counter-Revolution of the 1980s, London/New York 2018, S. 259-277, hier S. 263 f.; Duccio Basosi: The European Community and International Reaganomics, in: Kiran Klaus Patel/Kenneth Weisbrode (Hrsg.): European Integration and the Atlantic Community in the 1980s, New York 2013, S. 133-153.

23 Wolfgang Fischer/Erwin Häckel: Internationale Energieversorgung und politische Zukunftssicherung. Das europäische Energiesystem nach der Jahrtausendwende: Außenpolitik, Wirtschaft, Ökologie, München 1987 (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Reihe: Internationale Politik und Wirtschaft, Bd. 51), S. 1. Zur internationalen zeitgenössischen Literatur über die »decade of energy policy« siehe Martin Greenberger et al.: Caught Unawares: The Energy Decade in Retrospect, Cambridge/Mass. 1983; David Hawdon (Hrsg.): The Energy Crisis: Ten Years After, London 1984; Paul Kemezis/Ernest J. Wilson: The Decade of Energy Policy: Policy Analysis in Oil-Importing Countries, New York 1985; Robert J. Lieber: The Oil Decade: Conflict and Cooperation in the West, New York 1983.

Fischer und Erwin Häckel in einer gemeinsamen Studie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Kernforschungsanlage Jülich 1987 auf den Punkt gebracht. Danach habe in der Zeit von der Ölkrise bis zum Absturz des Ölpreises Mitte der 1980er Jahre eine große Sorge vor einem Mangel an Energie geherrscht. Energie sei geradezu zum »Schlüsselproblem der Zukunft«[24] stilisiert worden. Damit seien auch in hohem Maße Zukunftsvorhersagen verbunden gewesen, welche in der Regel eine »akute Interessenlage extrapoliert und verabsolutiert«[25] hätten. Zudem seien die energiepolitischen Diskussionen der 1970er Jahre von »weltweiten Zusammenhängen bestimmt«[26] worden.

Diese Dimensionen der »Dekade der Energiepolitik« zeigten sich sehr deutlich bei der internationalen Zusammenarbeit, denn die aus der Ölkrise geborene Strategie der westlichen Industrieländer, ihre Abhängigkeit von den Ölimporten zu reduzieren, wurde nicht nur auf einzelstaatlicher Ebene umgesetzt. Vielmehr versuchten die westlichen Industrieländer auch, eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten. Antreiber hinter dieser Entwicklung waren die USA, die aus den Maßnahmen der arabischen Ölförderländer während des Jom-Kippur-Krieges den Schluss zogen, dass in dem Energiethema ein großes Potenzial zur Spaltung der westlichen Verbündeten lag. Dementsprechend war es vor allem der amerikanische Außenminister Henry Kissinger, der die Ausarbeitung einer Zusammenarbeit im Energiebereich forcierte. Zukünftig sollten die USA und ihre Verbündeten nicht als Konkurrenten um die knappen Ressourcen auftreten und vermeiden, dass sie durch eine zu starke Abhängigkeit von einigen wenigen Ölländern erpressbar würden. Kissinger drängte daher darauf, die bisherige rudimentäre energiepolitische Zusammenarbeit in der OECD stärker zu institutionalisieren.

Ein wichtiges, bislang aber kaum erforschtes Ergebnis der Krisenkonstellation und der amerikanischen Initiative war die Gründung der Internationalen Energie-Agentur (IEA), die deshalb im Fokus dieser Studie steht. Die im November 1974 in Paris konstituierte Organisation sollte durch eine neuartige Kooperation der westlichen Industrieländer eine Wiederholung derartiger Ölkrisen verhindern. Zur Prävention beschlossen die Mitgliedsländer für den Fall eines deutlichen Rückgangs der Ölimporte gemeinsame Maßnahmen zur Öleinsparung und -verteilung. Zudem vereinbarten sie eine Neuausrichtung ihrer Energiepolitik, die künftig vor allem auf die Reduzierung des Ölverbrauchs abzielen sollte.

24 Fischer/Häckel, Energieversorgung, S. 2.
25 Ebd.
26 Ebd., S. 3.

Am Beispiel der IEA wird im Folgenden untersucht, wie sich die Zusammenarbeit der Ölverbraucherländer in der »Dekade der Energiepolitik« gestaltete. Welche Erwartungen verbanden sie mit ihrem internationalen Engagement, und welche Ziele wollten sie erreichen? Im Fokus der Verhandlungen stand dabei immer wieder die Frage nach einer sicheren Energieversorgung. Hier setzt die Studie an, die allerdings nicht die vergangene Energiepolitik an heutigen Definitionen von »Energiesicherheit« messen möchte.[27] Stattdessen soll analysiert werden, wie die IEA und ihre Mitgliedsländer eine sichere Energieversorgung gewährleisten wollten. Welche Bedeutung sollte den verschiedenen Energieträgern in diesem Kontext zukommen? Welche Vorstellungen von einer sicheren Energieversorgung setzten sich durch, und inwiefern wandelten sich diese Vorstellungen in der »Dekade der Energiepolitik«?

Die Arbeit steht damit im Schnittfeld von Energiegeschichte und internationaler Geschichte, denn die Gründung der IEA ist Teil eines umfassenden Umstrukturierungsprozesses der internationalen Zusammenarbeit in den 1970er Jahren. In dieser Zeit betrauten die Regierungen bestehende multilaterale Institutionen wie zum Beispiel die Vereinten Nationen oder den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit neuen Aufgaben oder gründeten neue Austauschforen, um Steuerungsmechanismen für grenzüberschreitende oder sogar globale Probleme zu schaffen. Ein herausragendes Beispiel für die stärkere internationale Aktivität der Regierungen ist die Etablierung der Weltwirtschaftsgipfel ab 1975.[28]

27 Mittlerweile gibt es eine Fülle von politikwissenschaftlicher Literatur, die versucht, herauszuarbeiten, wie Energiesicherheit hergestellt werden soll und wie sie gemessen werden kann. Siehe unter anderem Benjamin K. Sovacool/Ishani Mukherjee: Conceptualizing and Measuring Energy Security: A Synthesized Approach, in: Energy 36 (2011), S. 5343-5355. Überblicke zu den verschiedenen Dimensionen der Energiesicherheit liefern Benjamin K. Sovacool (Hrsg.): The Routledge Handbook of Energy Security, Abingdon/New York 2011; Gawdat Bahgat: Energy security. An interdisciplinary approach, Chichester/Hoboken 2011; Hugh Dyer/Maria Julia Trombetta (Hrsg.): International handbook of energy security, Cheltenham 2013; Daniel Moran: Energy Security, in: Robert E. Looney (Hrsg.): Handbook of oil politics, London/New York 2012, S. 109-120. Stärker aus historischer Perspektive: Petra Dolata: Energy Security, in: Rob Dover et al. (Hrsg.): The Palgrave Handbook of Security, Risk and Intelligence, London 2017, S. 47-62.

28 Zum engen Zusammenhang zwischen der ersten Ölkrise und der Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel siehe Federico Romero: How OPEC made the G7: Western coordination in the wake of the »oil shock«, in: Claes/Garavini (Hrsg.), Handbook of OPEC, S. 111-120; Enrico Böhm: Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975-1981), München 2014 (= Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 34); Emmanuel Mourlon-Druol/Federico Romero (Hrsg.): International Summitry and Global Governance. The Rise of the G7 and the European Council, 1974-1991, Abingdon 2014.

Neben solchen zunächst eher lose organisierten Zusammentreffen entstanden in dieser Zeit eine Vielzahl neuer internationaler Organisationen. So hat der Historiker Akira Iriye für den Zeitraum zwischen 1972 und 1984 eine Zunahme intergouvernementaler Organisationen (IGOs) von 280 auf 1530 festgestellt und auf dieser Basis die 1970er Jahre als entscheidende Übergangsphase auf dem Weg zu einer »global community« gewertet.[29]

Doch was bedeutete diese quantitative Ausweitung internationaler Organisationen für das Regieren in den 1970er und 1980er Jahren? Diese Frage ist in der historischen Forschung bisher kaum in den Blick genommen worden. Ziel der Studie ist es daher auch, die durch die Erfahrung transnationaler Krisen in den 1970er Jahren induzierte quantitative Ausweitung internationaler Organisationen in qualitativer Hinsicht zu analysieren. Ging mit der Gründung neuer internationaler Organisationen auch ein Wandel des Regierens einher? Veränderten sich vermeintlich nationale Politikfelder durch die internationalen wirtschaftlichen Krisen der 1970er Jahre? Wurden bestimmte Politikbereiche zunehmend international beeinflusst? Diese Fragen sollen anhand der IEA überprüft werden. Der Bereich der Energiepolitik ist in diesem Zusammenhang besonders aussagekräftig, da er auch von nationalen wirtschaftlichen Strukturen, Interessen und Einflüssen geprägt ist, die quer zu internationalen Zielen und Vorgaben stehen können. Mit Hilfe der IEA lässt sich somit genauer einschätzen, inwiefern internationale Organisationen Einfluss im System des globalen Regierens ausüben können.

Die Operationalisierung der übergeordneten Fragestellungen erfolgt auf zwei Analyseebenen, die insbesondere die Interaktion zwischen den nationalen Regierungen und dem Sekretariatspersonal in den Blick nehmen. So sollen erstens die normativen Grundlagen der IEA-Arbeit beleuchtet werden. Im Zentrum stehen hierbei die Fragen, welche energiepolitischen Ideen, Vorstellungen und Normen[30] die IEA entwickelte. Welche Ideen setzten sich in dem Aushandlungsprozess der nationalen

29 Akira Iriye: Global Community. The Role of International Organizations in the Making of the Contemporary World, Berkeley/Los Angeles/London 2004, S. 129. Eine deutliche Zunahme internationaler Organisationen in den 1970er Jahren betont auch Madeleine Herren: Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung, Darmstadt 2009, S. 112 f.

30 Normen verstehe ich mit Martha Finnemore als »a rulelike prescription which is both clearly perceptible to a community of actors and which makes behavioral claims upon those actors«. Siehe Martha Finnemore: International Organizations as Teachers of Norms: the United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization and Science Policy, in: International Organization 47 (1993), S. 565-597, hier S. 566.

Energiebeamten und der Sekretariatsmitglieder durch? Lassen sich dabei bestimmte energiepolitische Leitbilder erkennen? Damit knüpft die Studie auf dieser ersten Analyseebene an Forschungen der konstruktivistisch orientierten Politikwissenschaftlerin Martha Finnemore an, die internationale Organisationen als Arenen versteht, in denen »norms and convergent expectations about international behavior«[31] entwickelt werden. Aus dieser Perspektive ist zu fragen, wie der Aushandlungsprozess zwischen den Mitgliedsstaaten und dem Sekretariat der IEA verlief. Unter welchem Blickwinkel diskutierten die leitenden Energiebeamten der Mitgliedsländer und das IEA-Sekretariat die energiepolitische Abhängigkeit vom Öl der OPEC-Länder? Welche Instrumente entwickelten sie, um diese Abhängigkeit zu reduzieren und damit die Sicherheit der Energieversorgung wieder herzustellen? Nutzten die Regierungen die internationale Ebene, um bestimmte unpopuläre Maßnahmen, etwa den umstrittenen Ausbau der Atomenergie, in ihren Ländern besser durchsetzen zu können? Und welche Möglichkeiten boten sich dem Sekretariat, um die Kompetenzen der IEA auszuweiten?

Auf der zweiten Analyseebene soll untersucht werden, wie die Kooperation in der IEA in den Mitgliedsländern wahrgenommen wurde und ob die in der IEA gemeinsam entwickelten Konzepte und Ideen von den nationalen Beamten bei energiepolitischen Entscheidungen umgesetzt wurden. Entstanden Konkurrenzen zwischen dem internationalen Gestaltungsanspruch der IEA und der nationalen Regierungsbürokratie? Oder entwickelte sich eine gemeinsame Sichtweise auf die Probleme und eine Solidarität im Hinblick auf die gemeinsame Zielsetzung? Gab es Spannungen zwischen den Vorstellungen der IEA über die Ausrichtung der Energiepolitiken und den einzelnen Interessen der Mitgliedsländer? Welche Bedeutung entwickelte die IEA für die Energiepolitik ihrer Mitgliedsländer? Diese Perspektiven sollen in der Studie vor allem mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland untersucht werden.

Dort lag im Energiebereich eine gespaltene Situation vor.[32] Während der Ölmarkt stark liberalisiert war und vor allem von Tochterunternehmen anglo-amerikanischer Ölfirmen dominiert wurde, war der Staat eng in den Bereich der Kohleförderung involviert.[33] Das lag daran, dass

31 Ebd., S. 594.

32 Für einen Gesamtüberblick siehe Henning Türk: Treibstoff der Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland, Berlin 2021.

33 Zum Öl siehe vor allem Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes: Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, München 2003. Zur Kohle siehe Werner Abelshauser: Der Ruhrkohlenbergbau nach 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984; Dieter Ziegler (Hrsg.): Geschichte des deutschen

die deutsche Steinkohle seit ihrem Förderhöhepunkt 1956 deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren hatte. Um aus sozialen Gründen eine gewisse Kohleförderung aufrechtzuerhalten, übernahmen der Bund und die Länder zahlreiche Kosten des Bergbaus. Zudem hatten die Unternehmen mit Rückendeckung des Staates 1968 die Ruhrkohle AG gegründet, in der ein Großteil der westdeutschen Steinkohleförderung konzentriert war. Parallel etablierte sich seit den 1960er Jahren mit großer staatlicher Förderung die Atomenergie als Alternative zur Stromerzeugung aus Kohle oder Öl.[34] Die starke Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Öl führte dann zu Beginn der 1970er Jahre zu ersten Überlegungen im Hinblick auf eine Umstrukturierung der Energieversorgung.[35] Zudem drängte die Bundesregierung verschiedene deutsche Unternehmen, die im Erdölgeschäft engagiert waren, zu einem Zusammenschluss ihrer Aktivitäten. Die daraus hervorgehende DEMINEX AG sollte international als Konkurrentin zu den großen Ölgesellschaften aufgebaut werden. Trotz hoher Subventionen konnte dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden.[36]

Insofern traf die verstärkte Zusammenarbeit der Industrieländer im Energiebereich auf bereits etablierte Strukturen. Wie die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Chancen und Risiken ihrer Mitarbeit in der IEA wahrnahm, soll daher in der Studie untersucht werden. Um die Politik der Bundesregierung und die Einflussmöglichkeiten der IEA genauer konturieren zu können, soll auch die britische Sichtweise auf die energiepolitische Zusammenarbeit einfließen. Das eröffnet die Möglichkeit, ein Land miteinzubeziehen, das eine völlig andere Energieversorgungsstruktur als die Bundesrepublik aufwies, da es sich im Untersuchungszeitraum aufgrund des Nordseeöls von einem Ölimporteur zu einem Ölexporteur entwickelte.[37] Großbritannien bietet daher eine interessante Kontrastfolie zur Bundesrepublik, deren eigene Ölförderung

Bergbaus, Bd. 4: Rohstoffgewinnung im Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert, Münster 2013.

34 Uekötter, Atomare Demokratie; Joachim Radkau: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek bei Hamburg 1983.

35 Graf, Öl und Souveränität, S. 72-86.

36 Thomas Handschuhmacher: »Was soll und kann der Staat noch leisten?« Eine politische Geschichte der Privatisierung in der Bundesrepublik 1949-1989, Göttingen 2018 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 231), S. 103-194.

37 James Bamberg: British Petroleum and Global Oil, 1950-1975. The Challenge of Nationalism, Cambridge 2000; Christopher Harvie: Fool's Gold. The Story of North Sea Oil, London 1994; Stephen Howarth et al. (Hrsg.): The History of Royal Dutch Shell, 4 Bde., New York 2007; Alexander Kemp: The Official History of North Sea Oil and Gas, 2 Bde., London 2012; Jonathan Kuiken: Caught in Transition: Britain's Oil Policy in the Face of Impending Crisis, 1967-1973, in: Historical

marginal blieb. Daneben ist es aber auch unabdingbar, die Perspektive der USA einzubeziehen, da die US-Regierung nicht nur Antreiber für die Gründung der IEA war, sondern die Entwicklung der neuen Organisation in der »Dekade der Energiepolitik« massiv beeinflusste.[38]

Eine detaillierte Analyse der IEA-Politik und ihrer Arbeitsweise ist bisher in drei Forschungskontexten erfolgt. Erstens hat die politikwissenschaftliche Forschung zu den internationalen Beziehungen die IEA seit ihrer Gründung in den Blick genommen. Dabei stand zunächst der Interdependenzansatz im Vordergrund. Diese vor allem von Robert O. Keohane und Joseph S. Nye entwickelte Theorie diagnostizierte zunehmende transnationale, vor allem wirtschaftliche Verflechtungen, die sich der Steuerungsfähigkeit der Nationalstaaten entzogen. Die Nationalstaaten setzten daher vermehrt auf die multilaterale Zusammenarbeit in internationalen Organisationen. Damit wandte sich der Ansatz der »komplexen Interdependenz«[39] gegen die Theorie des Realismus, in dessen Modell die Staaten in den internationalen Beziehungen wie in einem Billardspiel als Kugeln gegeneinander prallten. Die Billard-Metapher wurde jetzt von Metaphern der Verflechtung und Vernetzung abgelöst.[40] Als Paradebeispiel dafür wurden die Ölkrise und die IEA herangezogen.[41] Die Pariser Agentur stand in dieser Forschungsrichtung auch für eine neue Perzeption der US-amerikanischen Rolle in den internationalen Beziehungen. Die USA seien nicht mehr der unangefochtene Hegemon,

Social Research 39 (2014), Heft 4, S. 272-290; Charles More: Britain and Oil in the Twentieth Century, London 2009.

38 Als Einstieg siehe u. a. Lifset, American Energy Policy; Graf, Öl und Souveränität, S. 123-204; ders., Claiming Sovereignty.

39 Robert O. Keohane/Joseph S. Nye: Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston/Toronto 1977; Manuela Spindler: Interdependenz, in: Siegfried Schieder/Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2003, S. 89-116. Zur Historisierung des Interdependenzbegriffs der 1970er Jahre siehe Martin Deuerlein: Das Zeitalter der Interdependenz. Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren, Göttingen 2020; Martin Deuerlein: Interdependenz, in: Frank Reichherzer et al. (Hrsg.): Den Kalten Krieg vermessen. Über Reichweite und Alternativen einer binären Ordnungsvorstellung, Berlin/Boston 2018, S. 183-198.

40 Zu diesem Metaphernwechsel siehe auch Eckart Conze: Jenseits von Männern und Mächten. Geschichte der internationalen Politik als Systemgeschichte, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.): Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege, München 2007 (= Historische Zeitschrift, Beiheft, Bd. 44), S. 41-64, hier S. 47.

41 Robert O. Keohane: The International Energy Agency: State Influence and Transgovernmental Politics, in: International Organization 32 (1978), S. 929-952; ders.: After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton 1984, S. 217-240.

da militärische Mittel eine immer geringere Rolle spielten. Stattdessen müssten auch die USA zunehmend über ein Netz multilateraler Organisationen agieren.[42] Insbesondere Keohane verwies zudem auf die Entstehung transgouvernementaler Akteure durch die starke Zunahme internationaler Organisationen. Darunter verstand er nationale Beamte, die durch ihre Zusammenarbeit auf der internationalen Ebene gemeinsame Allianzen bildeten, um über diese Ebene bestimmte Ziele in ihren jeweiligen Regierungen besser durchsetzen zu können.[43]

Der Interdependenz-Ansatz wurde in den 1980er Jahren zur sogenannten »Regimetheorie« ausgebaut, der zufolge Staaten grenzüberschreitende Probleme durch »implicit or explicit principles, norms, rules, and decision-making procedures«[44] zu regeln suchen. Dadurch entwickele sich ein für alle Regimemitglieder erwartbares Verhalten in einem bestimmten Bereich. Diese Sichtweise dominiert noch die heutige Perspektive der Politikwissenschaften auf die IEA. So sehen Keohane und der belgische Politologe Thijs Van de Graaf die IEA als Teil eines »energy regime complexes«[45] verschiedener Institutionen, der sich seit der Ölkrise 1973 herausgebildet habe. Ihre Hauptfunktion bestehe in der Bereitstellung eines Krisenmechanismus für zukünftige Ölkrisen und der Möglichkeit zur Marktintervention über die gemeinsame Kontrolle der für den Notfall vorgesehenen Ölreserven.[46]

In der bisher umfangreichsten Studie zur IEA hat der Politikwissenschaftler Peter Roggen 1979 ihre Gründung und Politik in den ersten Jahren unter sicherheitspolitischem Bezug untersucht. Roggen beschreibt die Gründung der IEA als Teil einer »internationale[n] wirtschaftliche[n] Sicherheitspolitik«.[47] Sein Ansatz reflektiert somit auch die zeitgenössische Ausweitung des Energiesicherheitsbegriffes.[48] Eine ausreichende

42 Keohane, After Hegemony.

43 Keohane, The International Energy Agency, S. 930 f.

44 Stephen D. Krasner: Structural Causes and Regime Consequences. Regimes as Intervening Variables, in: ders. (Hrsg.): International Regimes, Ithaca 1983, S. 1-21, hier S. 2.

45 Jeff D. Colgan et al.: Punctuated equilibrum in the energy regime complex, in: The Review of International Organizations 7 (2012), Heft 2, S. 117-143.

46 Hierzu und zu dem Folgenden: Thijs Van de Graaf: International Energy Agency, in: James Sperling (Hrsg.): Handbook of Governance and Security, Cheltenham 2014, S. 489-503. Zur Rolle der IEA bei der Nutzung der strategischen Ölreserven siehe Glen Toner: The International Energy Agency and the Development of the Stocks Decision, in: Energy Policy 15 (1987), Heft 1, S. 40-58.

47 Peter Roggen: Die Internationale Energie-Agentur. Energiepolitik und wirtschaftliche Sicherheit, Bonn 1979, S. 211.

48 Dies unterstreicht auch Graf, Öl und Souveränität; ders.: Between National and Human Security: Energy Security in the United States and Western Europe in the